Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den Reigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 18. November 1926 — Nummer 257

Hindenburg in Dresden

Hat er mit dem Kronprinzen konferiert?

Dresden, 18. Nov.

Hindenburg erscheint. Der Ministerpräsident bekommt rasch einen „Schnupfen", um seinerseits die Begrüßungsrede nicht halten zu müssen mit Rücksicht auf die baldige Zusammenarbeit mit den linkssozialistischen Ministern der kommenden Koalitionsregierung. Herr Heldt sichert sich aber auch nach rechts, indem er wenigstens mit einer Presse-Schnupfen-Erklärung einen sächsischen Bückling vor Hindenburg verbindet. Die sächsische Arbeiterschaft verachtet die Speichelleckerei der Altsozialisten ohnehin so stark, daß sich diese nicht mehr verächtlicher machen können.

Großes militärisches Tralala soll Hindenburg empfangen. Mit allen Methoden der Pression — bei Ausfall des gesamten Schulunterrichts — sollen auch die Kinder der Werktätigen in den Dienst des nationalistisch-militärischen Rummels gepreßt werden.

In diesem Augenblick ist eine Meldung von besonderem Interesse, die den Verdacht im höchsten Grade erregen muß, wonach der

Reichspräsident noch heute in direkter Verbindung mit den Hohenzollern

steht. Der Exkronprinz, über dessen Provokation gegen die Berliner Bevölkerung wir an anderer Stelle berichten, wurde nämlich in den letzten Tagen mehrfach in der Wilhelmstraße gesehen, und zwar in der Richtung vom Reichspräsidentenpalais kommend, in dessen nächster Umgebung. Im Zusammenhang mit den übrigen monarchistischen Provokationen der Reichsregierung wird diese Meldung besonders auffällig.

In jedem Fall hat die Dresdner Arbeiterschaft allen Anlaß, angesichts der neuen Steigerung der monarchistischen Umtriebe am heutigen Tag durch Massenbesuch der kommunistischen Protestkundgebungen ihren Willen zur Abwehr zu bekunden!

Die Reichsregierung lädt Wilhelm ein

Ueber den Hohenzollern-Raub darf nicht gesprochen werden.

Die Reichsregierung verbreitet durch WTB folgende Erklärung über die kommunistische Interpellation wegen des preußischen Hohenzollernvergleichs und der Rückkehrabsichten Wilhelms:

„WTB Berlin, 15. November. Die Reichsregierung hat es abgelehnt, eine von den kommunistischen Abgeordneten Stoecker, Thälmann und Genossen im Reichstag eingebrachte Interpellation über die zwischen dem preußischen Staat und dem vormals in Preußen regierenden Königshaus zustande gekommene vermögensrechtliche Auseinandersetzung zu beantworten. Die Reichsregierung sieht keine Veranlassung, zu diesem Abkommen, das eine Angelegenheit des preußischen Staates ist, Stellung zu nehmen. Von einer geplanten Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers ist der Reichsregierung nichts bekannt."

Die Reichsregierung lehnt es also ab, auf die kommunistische Anfrage zu antworten. Sie weiß warum. Nicht deshalb, weil ihr „von einer geplanten Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers nichts bekannt ist", sondern weil sie darüber mehr bekannt ist, als sie in der Oeffentlichkeit im gegebenen Augenblick zugeben möchte. Diese Erklärung ist nichts anderes, als eine

offene Einladung an Wilhelm,

von dem ihm durch die sozialdemokratischen preußischen Minister eingeräumten Wohnrecht auf Schloß Homburg Gebrauch zu machen. Man wird in Doorn diesen Wink verstehen. Weiter wagt es die Reichsregierung, den preußischen Hohenzollernvertrag mit seiner Verschleuderung von Millionen Volksvermögen als eine „preußische Angelegenheit" zu bezeichnen. In dieser angeblichen „preußischen Angelegenheit" ist eine Massenbewegung von 15 Millionen Werktätigen in ganz Deutschland zur Verhinderung der schamlosen Raubansprüche der Fürsten entstanden.

„Auf zur Koalition!"

Die Parole der Sozialdemokratie in Sachsen und im Reich — Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen den Schacher zerschlagen!

Der Schleier ist gefallen. Schon am Dienstag konnten wir die erste offene linkssozialdemokratische Stimme für die Koalitionspolitik auch der sächsischen SPD verzeichnen. Dort wurde mit einer gewissen Schüchternheit seitens der „Volkszeitung für die Oberlausitz" zunächst nur (!) die Koalition mit Altsozialisten und Demokraten ohne Volkspartei, die sogenannte Koalition der Mitte, gefordert. Inzwischen wird man schon offener. Das Kampfgeschrei für jene Große Koalition, die nach einigen Vorbereitungsmaßnahmen und Uebergangslösungen am Ende des ganzen Kuhhandels stehen soll, wird zunächst in weiter Arbeitsteilung nicht durch die sächsische Parteipresse selbst, sondern auf dem Umweg über die Gewerkschaften angestimmt. In der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" vom Montag, den 15. November schreibt der linkssozialistische Freitaler Bürgermeister Klimpel über „Das sächsische Rätsel". Seine „Lösung" sieht so aus:

„Gewiß haben wir Sozialdemokraten im Rahmen der Landeshoheit mit den Bürgerlichen auch große Kämpfe zu führen; aber die großen sozialpolitischen Fragen werden eben durch das Reich gelöst. Es darf aber der Arbeiterschaft namentlich in Zeiten bürgerlicher Reichsregierungen nicht gleichgültig sein, wie die zu erlassenden Landesausführungsbestimmungen aussehen!

Die durch die bedauerliche Spaltung erschütterte sächsische Partei würde bei den künftigen Wahlen noch größere Verluste erleiden, wenn unsere Genossen jetzt nicht die Wege zur Regierung fänden!

Nach der Spaltung haben viele Genossen den guten Glauben an die Versicherung gehabt, es habe sich bei den Streitigkeiten gar nicht um die grundsätzliche Ablehnung gegen die Koalition gehandelt. Man halte versichert, daß es nur darauf ankäme, welche Personen mit den Bürgerlichen in der Regierung sitzen. Gut, es soll daran künftig nicht mehr gezweifelt werden!

... Man darf annehmen, daß der größte Teil der SPD-Wähler die begrenzte Zuständigkeit des Sächsischen Landtages kennt. Er erwartet in diesem Rahmen (!) in erster Linie positive Arbeit! Die SPD-Wähler haben kein Verständnis für die kommunistischen Methoden des Klassenkampfes im Parlament!

Daß die gegenwärtige Regierung etwa als Minderheitsregierung weiter bestehen bleibt, ist unmöglich! Es ist aber ebenso unmöglich, daß die SPD als stärkste Partei außerhalb der Regierung bleibt!

Wir verlangen im Interesse des Proletariats positive Mitarbeit am heutigen Staat! Jeder Parteigenosse muß nach der Parole handeln: Durch Vermeidung vergangener Fehler zu neuem Aufstieg der SPD in Sachsen!"

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse diesen linkssozialistischen Vorstoß für die Große Koalition mit Begeisterung aufnimmt. Zu gleicher Zeit veröffentlicht der „Volksstaat" folgenden Beschluß der ASPS:

„Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der ASP erblicken in der Herbeiführung der Großen Koalition von der (Links)-Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei das erstrebenswerteste Ziel der sächsischen Politik. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, dann ist die ASP bereit, eine Regierung zu unterstützen, die sich zur Republik bekennt und durch sachliche und persönliche Garantie Gewähr dafür bietet:

1. daß die fortschrittlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen, die in Sachsen bestehen, nicht gefährdet werden,
2. daß vielmehr deren weiterer Ausbau zum Wohl der schaffenden Bevölkerung Sachsens erfolgen kann."

Dieser Beschluß ergibt, daß die Altsozialisten mit dem Parteivorstand gemeinsam die Herbeiführung der Großen Koalition betreiben. Soweit der Beschluß eine schüchterne Absage der Altsozialisten an eine gemeinsame Regierung mit den Deutschnationalen darstellt, soll diese „Charakterfestigkeit" offenbar auch eine Brücke darstellen, um der sächsischen SPD den Marsch ins Koalitionslager zu erleichtern. Das bankrotte linkssozialistische Führertum will den neuen Verrat an der sächsischen Arbeiterschaft nicht ohne gewisse theatralische Vorbereitungen. Die Komödie mit der linkssozialdemokratischen Minderheitsregierung — das „bestechende" Entlarvungsmanöver gegen die Kommunisten, wie die „Chemnitzer Volksstimme" ziemlich offen ausplauderte — soll nach wie vor steigen. Man hat sogar den ehemaligen Staatsbankpräsidenten aus Thüringen, Loeb, nach Dresden berufen, den man als Finanzminister präsentieren möchte.

Die sächsische Arbeiterschaft wird durch keine parlamentarische Komödie ihren

Widerstand gegen die Koalitionspolitik der bankrotten SPD-Führer

einschläfern lassen. Sie wird die Losung der KPD verwirklichen und mit oder gegen die SPD den arbeitsunfähigen Landtag davonjagen und den Weg für die Durchsetzung des Willens der Werktätigen Sachsens, wie er sich schon bei den Gemeindewahlen viel klarer dokumentierte, freimachen!

„Hinein in den Staat!"

Nicht der „Volksstaat", sondern der „Vorwärts" ruft es

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Vorwärts" legt in seiner heutigen Nummer ein volles Bekenntnis zur Großen Koalition ab:

„Hinein in den Staat muß es heißen für alle, denen der republikanische Gedanke mehr ist als ein bloßes Spiel mit den Lippen. Hinein in den Staat! Das gilt vor allem für die Masse sozialdemokratischer Arbeiter, die heute immer noch stiefmütterlich genug behandelt worden sind."

Jetzt, nach den sächsischen Wahlen, gibt der „Vorwärts" offen die Tatsache des mit Marx abgeschlossenen Paktes zu. Zugleich kündigt das SPD-Blatt die Verhandlungen über die Große Koalition an. Der „Vorwärts" schrieb schon am Dienstag wörtlich:

„Die Fraktion hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, zur Förderung der sachlichen parlamentarischen Arbeit gegen die Saboteure von rechts mit der Mitte zusammenzuwirken. Dann war der Fraktion vom Reichskanzler Marx mitgeteilt worden, daß die Fraktionen der Mitte mit dieser Abrede einverstanden seien."

Dann heißt es über die Haltung des zukünftigen Koalitionspartners, der Deutschen Volkspartei:

„Nun liest man da und dort, der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, habe das Verlangen gestellt, daß sich die Regierung an keine Seite binden, sondern über jede Vorlage wie mit den Sozialdemokraten auch mit den Deutschnationalen verhandeln solle. Natürlich würde sie das, was man in der letzten Woche aufzubauen versucht hat, wieder völlig über den Haufen werfen."

Darum fordert der „Vorwärts":

„Hier muß also unbedingte Klarheit geschaffen werden. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob auf allen Seiten der gute Wille besteht, das in der vorigen Woche abgeschlossene Abkommen zu halten, und weiter muß die praktische Möglichkeit untersucht werden, es von Fall zu Fall wirksam zu machen. Erst auf dieser Grundlage kann die Frage der persönlichen Zusammensetzung des Kabinetts Interesse gewinnen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Bereitschaft zu positiver Mitarbeit bewiesen. Jetzt soll die Mitte — das ist eine Forderung der Deutschnationalen, und wir nehmen sie auf — zeigen, ob sie nach rechts oder nach links ihre Mehrheit

Heraus zur **Massenkundgebung** gegen die Schaffung einer neuen Brutstätte der Reaktion!

Heute abend 7³⁰ Uhr

in Altstadt: „Annenhof", Fischhofplatz
in Neustadt: „Reichskrone", Bischofsweg

Es sprechen in den Versammlungen die Landtagsabgeordneten Rudolf Renner und Dr. Schmincke